



Minister Blüm
Zwölf Stunden Arbeit am Tag?

schiedete Jugendarbeitsschutzgesetz gelobt. Jetzt wird zurückmarschiert.

Der nächste Schritt rückwärts soll mit der Reform der aus dem Jahre 1938 stammenden Arbeitszeitordnung (AZO) getan werden. In der Zeit der sozialliberalen Koalition hatte Lambsdorff sich stets gegen eine Neufassung der AZO gewehrt. Der Wirtschaftsminister wollte verhindern, daß im Gesetz statt der 48-Stunden-Woche die fast überall tarifvertraglich durchgesetzte 40-Stunden-Woche festgeschrieben würde.

Den Blüm-Entwurf eines „Arbeitszeit- und Frauenarbeitsschutzgesetzes“ braucht der Wirtschaftsminister nicht zu fürchten. Es bleibt nicht nur bei der gesetzlich erlaubten 48-Stunden-Woche. In Zukunft soll in Tarifverträgen, aber auch in Betriebs- oder Dienstvereinbarungen der 10-Stunden-Tag zugelassen werden. Bis zu zwölf Stunden pro Tag sollen erlaubt sein, wenn die Arbeit „zu anderen Zeiten“ verkürzt wird.

Und weiter: In einem elf Punkte umfassenden Ausnahme-Katalog – von Tätigkeiten im Krankenhaus über Messen bis zu Sportveranstaltungen – wird die Nachtarbeit für Frauen zugelassen.

Mit alledem, so Blüms Philosophie, soll der zeitliche Ablauf der Arbeit enger an die Bedürfnisse des Betriebs angeglichen werden. Betriebsräte und Gewerkschaften würden schon aufpassen, daß die Werkstätigen keinen Schaden erlitten.

Bisher wurden die Schutzgesetze des Staates im Arbeitsrecht anders gesehen. Die Vertragsfreiheit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, so der Grundgedanke des Arbeitsrechts, schließt nicht aus, daß einzelne sich durch ihre Arbeit schwere Schäden zufügen. Und zweifellos besteht ja die Gefahr, daß freiwillig unzumutbare Belastungen übernommen werden – weil, etwa, manche Arbeitnehmer unter Existenzdruck jede Arbeit annehmen oder weil bestimmten Gruppen, beispielsweise Frauen und Schwerbehinderten, eine gut organisierte Macht fehlt.

Daß bei der Fürsorge für die Arbeitnehmer zuweilen übertrieben wurde und sich manches Gutgemeinte als Beschäftigungshemmnis erwies, glaubt Blüm besonders gut mit dem Kündigungsschutz belegen zu können.

Dieser Schutz setzt nach geltendem Recht ein, wenn ein Arbeitnehmer mindestens sechs Monate in einem Betrieb beschäftigt ist. Der Versuch, die Sperre mit aneinandergereihten Zeitverträgen über jeweils sechs Monate (Kettenverträge) zu unterlaufen, ist von den Arbeitsgerichten gestoppt worden.

Die von Blüm nicht zu Unrecht beklagte Konsequenz: Statt sich einen neuen Mann zu holen, den er so schnell nicht wieder los wird, läßt mancher Unternehmer bei einem vorübergehenden Auftragshoch lieber Überstunden schieben.

„Gerade im Aufschwung“, so Blüm vor der Fraktion, sei daher das Instrument des Zeitarbeitsvertrages sehr nützlich. Er will befristete Arbeitsverträge auch über sechs Monate hinaus zulassen.

In der CDU-Arbeitsgruppe „Arbeit und Soziales“ warnte der CDU-Sozialexperte Horst Günther vor möglichen Folgen. Günther: „Nachher gibt es nur noch Zeitverträge.“ Der Kündigungsschutz wäre ausgehebelt.

So weit will Blüm es nicht treiben. Die Zeitverträge sollen zunächst einmal für einige Jahre zugelassen werden.

Einmal auf der liberalen Welle, will Blüm sich auch gegenüber Leiharbeits-Firmen großzügig zeigen. Seit Jahren fordern die Gewerkschaften, die Leiharbeit zu verbieten. Die alte Regierung war diesem Begehren teilweise nachgegeben und hatte den Arbeitskräfteverleih im Baugewerbe untersagt.

Blüm bringt nun die Wende: Die Frist, für die Arbeitskräfte an einen Auftrag-

geber ausgeliehen werden können, will der Minister von bisher drei auf sechs Monate aufstocken. Am Bau, so wird überlegt, könnte wieder Leiharbeit erlaubt werden.

Ausgedehnte Leiharbeit und Zeitverträge, so befürchtet die DGB-Sozialexpertin Ursula Engelen-Kefer, würden die Unternehmer aus der Verantwortung entlassen, für gleichmäßige Beschäftigung zu sorgen. Es bestehe die Gefahr, daß kurzfristig angeheuert und schnell wieder gefeuert werde.

Blüm erkennt selber, wie delikats sein Vorhaben ist. Wenn auch manches Beschäftigungshemmnisse abbauen hilft – der Arbeitsminister weiß, daß er mit seinen Ideen nahe an die als arbeitnehmerfeindlich gezeigten Vorschläge seines Parteifreundes George heranrückt.

Da wird dem Norbert Blüm auch seine Wortakrobatik nicht viel helfen – sei sie noch so gelenkig.

BERLIN

Vater geht

Trotz einer großangelegten Kampagne scheiterte die Berliner Schulsektorin Hanna-Renate Laurien im Kampf um die Bürgermeister-Kandidatur.

Zwei Wochen lang war Berlins CDU so etwas wie eine Volkspartei.

Als nach Richard von Weizsäckers Rücktrittsankündigung der frisch gewählte Landesvorsitzende der Union, Eberhard Dieppen, von den Parteizirkeln geräuschlos gleich auch noch zum Nachfolger des Regierenden gekürt wer-



Christdemokraten Dieppen, Laurien, Weizsäcker: Beton stoppt Granate

den sollte, mischte die ganze halbe Stadt sich ein.

In der Parteizentrale gingen Briefberge aus dem Volk ein, Bürgerinitiativen trommelten, die Parteibasis stand auf. Ziel der Kampagne, in der West-Berlins Medien von links bis rechts übereinstimmten, war der von der alternativen „Tageszeitung“ („taz“) erkannte Berliner Mehrheitswunsch: „Hanna-Granate wird stationiert“ – in letzter Minute sollte Hanna-Renate Laurien, quicke, wortgewaltige Schulsenatorin, statt des Gremien-Favoriten Dieppen auf den Bürgermeister-Stuhl gepowert werden.

Innerhalb der Partei steigerte sich die Angstvorstellung, mit dem unprofilieren Weizsäcker-Protegé Dieppen die nächsten Wahlen im Frühjahr 1985 gegen den volkstümlichen SPD-Linken Harry Ristock zu verlieren. Auch aus Bonn vernahm die Senatorin Ermunterung, sie möge „die Ohren steif halten“.

Zwei Wochen lang machten vor allem Axel Springers Blätter Reklame für die Dame. „Berlin braucht eine Persönlichkeit“, verlangte die „Morgenpost“, „Bild“ befragte seine Leser und trompetete danach auf Seite eins: „67,7 Prozent für Hanna-Granate“. Dutzende von Professoren, angeführt vom liberalen Politologen Arnulf Baring, warben per Sammelunterschrift für die Spätstarterin: „Sie besitzt Unbefangenheit, Phantasie, Zivilcourage. Auch Gegner sind von ihr beeindruckt.“

Doch nicht das Volk bestimmte, sondern der Landesausschuß der Berliner CDU. Dort unterlag die Schulsenatorin am Freitag letzter Woche dem Kontrahenten Dieppen mit 37:62 Stimmen.

Mit diesem Entscheid hatte sich die Partei reichlich schwer getan. Weizsäcker lange befürchteter und allzu lange hingeschleppter Abgang hatte Berlins Christdemokraten in Orientierungsnöte gestürzt. Dabei war der politische Standort der Kandidaten klar auszumachen: Beide siedeln gleichermaßen auf dem rechten Mehrheitsflügel der Berliner CDU, beide hatten bislang noch immer den vorherrschenden Ton getroffen.

Dieppen allerdings, dessen effiziente und glatte Fraktionsarbeit allerorten gerühmt wird, irritierte viele Parteifreunde durch schwer durchschaubare Koalitionskünste und Neigung zu Kungelei; angekreidet wurde ihm mangelnde Regierungserfahrung und minimaler Bekanntheitsgrad.

Hanna-Renate Laurien, die in der Union vor allem als prinzipientreue Aufpasserin in der einst besonders linksverdächtigen Schul- und Jugendpolitik beliebt ist, profitierte in erster Linie vom Negativ-Image des Gegenkandidaten. Ob die zupackende Art aber, mit der sie ihr Ressort verwaltet, die „Mutter Courage“ (Partei-Spitzname) schon zur Regierungschefin qualifiziert, bezweifelten

„Ich höre Schmerzliches“

SPIEGEL-Interview mit dem Berlin-Kandidaten Eberhard Dieppen

SPIEGEL: Herr Dieppen, Sie sollen Regierender Bürgermeister werden. Ihre Vorgänger hießen Reuter, Brandt, Vogel, Weizsäcker. Ist Ihnen dieser Schuh nicht zu groß?

DIEPPEN: Die Namen, die Sie genannt haben, sind verpflichtend, jedenfalls zu einem großen Teil. Ich bin deswegen optimistisch, weil meine politische Erfahrung seit 1971 in den verschiedenen Sachbereichen der Berliner Politik und meine Mitwirkung daran mir hinreichende Erfahrung gebracht haben.

SPIEGEL: Stört es Sie nicht, daß viele Ihnen Farblosigkeit und Machtstreben ankreiden und Ihrer unterlegenen Gegenkandidatin Hanna-Renate Laurien mehr Profil und Erfahrung bescheinigen?

DIEPPEN: Hier ist eine Unterscheidung vorzunehmen zwischen öffentlicher Meinung, der Meinung in der Partei und der veröffentlichten Meinung.

SPIEGEL: Nach Leserbrief-Echo und Umfragen will die Bevölkerung eindeutig Frau Laurien lieber als Sie.

DIEPPEN: Ich halte es für möglich, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt bei einer Entscheidung der Berliner Bevölkerung Ergebnisse herauskommen, die nicht meine Kandidatur präferieren. Aber es geht ja nicht darum, was im Jahre 1983, sondern darum, was im Jahr 1985 geschieht.

SPIEGEL: Einstweilen findet sogar Springers „Morgenpost“, Sie hätten „nicht einmal die Ausstrahlung der Blässe“.

DIEPPEN: Jeder Journalist hat das Recht, seine Meinung zu äußern. Ich höre Positives, Negatives, manchmal sogar Schmerzliches, manchmal Ungerechtes, manchmal aber auch sehr Richtiges.

SPIEGEL: Die Basis wirft Ihnen vor, Sie und Ihre Freunde hätten versucht, Frau Laurien durch Mafia-Methoden ...

DIEPPEN: ... wirklich eine Unverschämtheit ...

SPIEGEL: ... jedenfalls durch Kungelei in den Gremien auszumänuvieren.

DIEPPEN: Das ist natürlichbarer Unsinn. Richtig ist, daß zu dem Zeitpunkt, da die Kandidatur Richard von Weizsäcker zum Amt des Bundespräsidenten feststand, für mich in meiner Funktion als Fraktionsvorsitzender und natürlich auch als ernsthafter Bewerber für das Amt des

Landesvorsitzenden die Frage anstand, welche Nachfolgeregelung auch für das Amt des Regierenden Bürgermeisters angestrebt werden muß.

SPIEGEL: Diese Frage ging doch wohl die ganze Partei an. Und der Landesparteitag hat noch kürzlich Frau Laurien tosenden Beifall gespendet.

DIEPPEN: Der Beifall war gut organisiert. Entscheidend ist aber nicht die Lautstärke, sondern wie viele klatschen. Es gibt gute politische Gründe dafür, daß Personalentscheidungen dieser Form von Partiegremien, von Organen getroffen werden, bei denen die Nähe zur Sachentscheidung stärker ist.

SPIEGEL: Die Wähler ärgern sich über Weizäckers Berlin-Flucht und über die CDU in Bonn. Haben Sie 1985 bei den Berlinern überhaupt eine Chance, noch dazu gegen den populären SPD-Mann Harry Ristock?

DIEPPEN: Kommen wir nunmehr vielleicht endlich zu den politischen Fragen, zu den politischen Schwerpunkten der Arbeit in Berlin? Es geht darum, inhaltlich die Politik der bürgernahen Koalition unter Richard von Weizsäcker fortzusetzen. Mit dieser Politik ist aus Berlin, einer Problemstadt, wieder eine Stadt der Chancen geworden.

SPIEGEL: Wie beurteilen Sie selber Ihre Wahlchancen?

DIEPPEN: Wenn ich mir die Alternative zu unserer Politik ansehe, dann fällt auf, daß die Sozialdemokratie nach der letzten Wahlniederlage noch nicht wieder zu sich selbst gefunden hat. Ein Kandidat zum Anfassern, Harry Ristock, reicht nicht. Es gehören Inhalte dazu.

SPIEGEL: Sie sind bekannt als Kommunalexperte und geschickter Fraktionsregisseur. Reicht das zur Bewältigung von Berliner Sonderproblemen wie der Wirtschaftsauszehung und der Konfrontation sozialer Gruppen?

DIEPPEN: Ich würde das getrost der Zukunft überlassen. Meine Aufgabe als Vorsitzender der Fraktion war es, Politik zusammenzuhalten, auch zu gestalten, auch Entscheidungen zu treffen. Allerdings gehört es zur Rolle des Fraktionsvorsitzenden, daß er sich nicht vordrängt, und der Regierende Bürgermeister hat auch nach außen hin zu gestalten. Ich glaube also, daß ich kontinuierlich das fortsetzen kann, was ich bisher auch schon gemacht habe.

sogar mit ihr befreundete CDU-Politiker.

In der Berliner Union ergaben sich denn auch ungewohnte Fronten: Diepgen, Kandidat der stramm rechten „Betonriege“, sammelte ob seiner Macherqualitäten und kommunalpolitischen Erfahrungen Zustimmung überall in der Partei. Ihm folgten sogar Symbolfiguren des Reformflügels wie der frühere Umwelt- und jetzige Kultursenator Volker Hassemer.

Auch die den Parteirechten bislang stets wohlgefällige Schulsenatorin, einst zum Katholizismus konvertiert, fand Zuspruch quer durchs CDU-Spektrum. Für die Senatorin sprach sich selbst der in der Landespartei als linkslastig verhaßte Kreisverband Wilmersdorf („Sowjetisch-Wilmersdorf“) aus.

Während die Laurien-Kampagne heißliebig und das „Bild-Leser-Parlament“ Diepgen riet, er solle erst einmal „noch mehr Lebenserfahrung“ einholen, hielt sich der Kandidat an die wirklichen Machtverteiler. Im Landesausschuß, der nach Übereinkunft der Parteispitze wie der Kandidaten über die Nominierung entscheiden sollte, war Diepgen Favorit von Unternehmern, Sozialausschüßlern, Mittelständlern und Parteiungvolk. Dort fand er eine satte Mehrheit.

Diepgen mußte auch nicht stören, daß den auf ihn eingeschworenen Kreisverbandschefs vielfach die Basis davonlief und vehement für Frau Laurien stimmte. Auf Drängen der unteren Ränge wurde sogar die Nominierungssitzung des Landesausschusses um eine Woche verlagert, um Hanna-Renate Laurien und ihren Fans noch mehr Zeit für Überzeugungsarbeit zu gewähren. Doch die von Diepgens Parteirechten betonten Mehrheitsverhältnisse im Landesausschuß hielten auch der weiteren Kampagnenwoche stand.

Zwar bemühten sich die Kandidaten, die überhitzte Diskussion mit lässigen Nichtangriffsfloskeln zu kühlen: Frau Laurien ließ verlauten, sie werde im Falle des Sieges Diepgen als ihren Stellvertreter in den Senat holen; Diepgen-Anhänger streuten das selbstbewußte Motto des frischgekürten Parteichefs, es sei „gegebenenfalls letztlich ganz egal, wer unter mir Regierender Bürgermeister ist“. Aber in der Partei drohen, noch bevor Weizsäcker überhaupt gegangen ist, scharfe Erbstreitigkeiten. Die Laurien-Fronte hatte schon im Vorfeld mit Gerichtsschritten und einem Sonderparteitag gegen die Gremienkür Diepgens gedroht. Wilmersdorfer prophezeien einen „tödlichen Schwebezustand“.

Ein Verantwortlicher ist auch schon ausgemacht: Richard von Weizsäcker. Die Umstände seines Abgangs, so heißt es bei Diepgen-Anhängern, hätten das „Klima der Aggressivitäten“ erst so recht entstehen lassen. Auch die unterlegene Kandidatin fühlt sich sitzengelassen. Hanna-Renate Laurien: „Vater geht, Mutter bleibt.“

UMWELT

Blutender Berg

Jahrelang verharmlosten Hamburger Behörden die Umweltgefahren, die vom höchsten Müllberg der Nation ausgehen. Jetzt fließt Dioxin aus, Politiker sind ratlos.

Im Juli war Hamburgs Umweltsenator Wolfgang Curilla noch „ganz sicher“: In der Hansestadt, beruhigte der Politiker die Bürger, gebe es „keine Dioxin-Ablagerungen“.

Das gelte auch für die Kippe Georgswerder, den höchsten Müllberg der Republik, der zwischen 1948 und 1980 aus wenigstens 13 Millionen Kubikmetern Abfall aufgetürmt worden war. So harm-



Sickerwassergraben in Georgswerder
Funde verheimlicht

los sei der Dreckberg nahe dem Stadtteil Wilhelmsburg, daß dort demnächst ein Naherholungsgebiet und ein Kinderspielplatz eingerichtet werden sollten.

Nun wird es nichts mit Sandkasten und Klettergerüsten, Liegewiese und Rodelbahnen. Vorletzte Woche mußte sich Curilla korrigieren. Aus dem Dreckhaufen am Rande der Stadt, einer brisanten Mischung aus Hausmüll und Industriegiften aller Art, sickert das Supergift „2,3,7,8-Tetrachloridbenzo-para-dioxin“, und niemand weiß, wie lange schon.

Der hochgefährliche Stoff, der bei einer Umweltkatastrophe im norditalienischen Seveso eine ganze Stadt verseuchte und in diesem Jahr Regierungen in halb Europa beschäftigte, weil 41 Fässer mit Dioxin-Abfall verschwunden waren (SPIEGEL 22/1983), bedroht die Gesundheit von Bundesbürgern.

Daß es Hamburger Behörden soweit kommen ließen, entspricht dem in der Bundesrepublik üblichen Umgang mit sogenannten Altlasten, dem Dreck aus den frühen Jahren der Industrialisation. Wo und wann immer Umweltschützer und Wissenschaftler „chemische Zeitbomben“ vermuteten, schalteten Politiker auf Durchzug. Hinweise und Warnungen wurden heruntergespielt oder ignoriert, verschwiegen oder vertuscht.

In Hamburg, im niedersächsischen Hoheneggelsen oder im rheinland-pfälzischen Gerolsheim, jenen drei Orten in Westdeutschland, an denen mit Sicherheit weit mehr Dioxin lagert als in Seveso die Umwelt verpestete, tun Politiker aller etablierten Parteien so, als könne man mit der Kohlenwasserstoffverbindung ganz gut leben.

Dabei gilt Dioxin als das giftigste aller Gifte im Horrorarsenal der rund 60 000 bedeutenden chemischen Verbindungen. Das Teufelszeug fiel jahrzehntelang, etwa bei Boehringer in Hamburg, vor allem als Nebenprodukt bei der Herstellung von Pflanzenvernichtungs- und Holzschutzmitteln an. Bereits 0,03 Millionstel Gramm pro Kilogramm Körpergewicht führen zur Schädigung von Embryos. Dioxin ist krebserregend und verursacht schwere Hauterkrankungen.

Nach einem Dioxin-Unfall bei BASF in Ludwigshafen im Jahre 1953 erkrankten 55 Menschen an Chlorakne, 42 von ihnen wurden bis zur Unkenntlichkeit entstellt. 1958 erlitt ein Schlosser eine Dioxin-Vergiftung, neun Monate später starb er. Alle Kaninchen, die bei 15 Jahre währenden Tests in die vergiftete Fabrik geschickt wurden, starben. 1968 ließ BASF das Werk abreißen, weil selbst die Chemiefachleute daran scheiterten, das Gebäude zu entgiften.

Daß auch aus alten Deponien, wie in Georgswerder, solche Gefahren drohen, gehört für Umweltexperten zum Standardwissen. Öko-Fachleute weisen seit einiger Zeit warnend auf eine Siedlung nahe den Niagara-Fällen, deren Bewohner 1978 evakuiert werden mußten. Dort, am „Love Canal“, waren die Krebsrate und die Zahl der mißgebildeten Babys deutlich über den Landesdurchschnitt gestiegen. Der Grund: Die Siedlung war über einer ehemaligen Müllkippe mit Tausenden Tonnen hochgiftiger Chemikalien, darunter auch Dioxin, gebaut worden.

Anfang dieses Jahres mußten die 2400 Einwohner des Ortes Times Beach im US-Staat Missouri ihre Häuser verlassen: Ein Ölhändler hatte 1974 dioxinhaltige Chemieschlämme, mit Altöl vermischt, zur Befestigung von Straßen versprüht. Vögel starben, dann Katzen, Hunde und Pferde, schließlich erkrankten auch Menschen. Erst im Dezember 1982 wurde das Dioxin im Boden aufgespürt: Das Erdreich wies bis zu 30 000 ppb* des Seveso-Gifts auf. Schon bei

* ppb - parts per billion (am.), ein Teil auf eine Milliarde Teile.